

Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen, zum Haushalts 2007 am 21.03.2007:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Talsohle ist durchschritten, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Steuereinnahmen steigen. Das sind die positiven Nachrichten zu Beginn des Jahres 2007. Die Landesregierung in NRW kann wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. Erstmals seit dem Jahre 2000 haben die Kommunen wieder einen Etatüberschuss erreicht.

Wir alle hoffen, dass die positive Entwicklung auch über das Jahr 2007 hinaus anhalten wird.

Die Entwicklung des städtischen Haushaltsjahres 2006 war gekennzeichnet vom Einbruch der Gewerbesteuer um 8 Mio. €, als Folge der Übernahme der Firma Flender durch Siemens.

Durch ein Bündel von Maßnahmen, wie Haushaltssperre, Verschieben von Maßnahmen und Mehreinnahmen durch erhöhte Gewerbesteuern und erhöhte Einnahmen durch Grundstücksverkäufe ist es gelungen das Haushaltsdefizit nur unwesentlich zu überschreiten gegenüber dem Haushaltsplan.

Für die geleistete Arbeit spreche ich dem Kämmerer die Anerkennung der CDU Fraktion aus.

Wir können feststellen, dass auch Maßnahmen, die bereits vor einigen Jahren eingeleitet wurden, bewirken, dass uns noch Luft zum Atmen geblieben ist.

Dieser Haushalt zeigt aber auch, dass wir nach wie vor keine Investitionsrate erwirtschaften können.

Ein wesentliches Problem ist mit Vorlage dieses Haushaltes nicht gelöst, nämlich die Substanzerhaltung unserer Gebäude und Liegenschaften.

In den nächsten Jahren sind weitere 15 Mio. € zu finanzieren, die größten Maßnahmen sind hierbei die Sanierung des EUREGIO – Gymnasiums und die Deponie-Sanierung.

Einen Entscheidungsspielraum uns für oder gegen eine dieser Maßnahmen zu entscheiden gibt es nicht, wir können lediglich einen Weg zur Art der Finanzierung suchen.

Wir haben die Entscheidung mitgetragen, die Einführung von NKF auf das Jahr 2009 zu verschieben. In den Haushaltsberatungen im Hauptausschuss haben wir beantragt, dass eine erste Eröffnungsbilanz dem Rat bis zum 31.10.2007 vorgelegt wird, auf das Ergebnis sind wir sehr gespannt.

Vom Kämmerer haben wir im letzten Jahr eine Liste aller freiwilligen Leistungen erhalten. Wenn wir nach der Rasenmähermethode all diese

Leistungen um 10 % kürzen, sparen wir weniger als 1 % des gesamten Verwaltungshaushaltes, aber wir zerstören gewachsene Strukturen. In seinen Ausführungen zur Haushaltskonsolidierung hat der Kämmerer darauf hingewiesen, dass der Zuschuss im freiwilligen Kernbereich vergleichsweise gering ist, aber das bürgerliche Engagement und das Ehrenamt hier besonders ausgeprägt sind.

Hier ist die Politik gefordert gemeinsam mit dem Kämmerer Lösungen zu erarbeiten, damit wir das Ziel, die Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraums und die Vermeidung der Haushaltssicherung, erreichen.

Wir haben den Ehrgeiz unseren Beitrag zu leisten, damit nicht, wie in den meisten Ruhrgebietsstädten, der „Karren gegen die Wand“ gefahren wird.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt zustimmen, das vorab.

In den Haushaltsberatungen haben wir bereits den Antrag gestellt, einen Entschuldungsplan vorzulegen. Wir werden in einem gesonderten Antrag zum Haushalt für das Jahr 2008 die Verwaltung auffordern, einen Zuschussbetrag für den Verwaltungshaushalt festzulegen unter der Prämisse, dass eine Investitionsrate erwirtschaftet werden kann. Dies bedeutet, dass für die Fachbereiche eine Planung top down und nicht bottom up erfolgen muss, also eine Ausrichtung nach den zur Verfügung stehenden Mitteln. Diese Planung ist dann verbindlich für den Haushalt und nicht, wie der bisherige Eckwertebeschluss, ohne jede Bindung für den kommenden Haushalt.

Bei einem Volumen von 153 Mio. € im Verwaltungshaushalt muss es unser Ziel sein, zukünftig 5 % einzusparen, ohne die Leistungen zu reduzieren.

Ich greife gern den Satz des Kämmerers auf, dass zentraler Ansatzpunkt das strukturelle Problem aus eigener Kraft zu lösen, die Aufgaben- und Produktkritik ist.

Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung liegen vor, die Einsparungen im Fachbereich 33 und die damit verbundenen organisatorischen Änderungen wurden von den Fraktionen überwiegend als positives Ergebnis gelobt.

Nicht nachvollziehbar ist es allerdings, dass ein Untersuchungsergebnis für den Fachbereich 21 seitens der SPD Fraktion zerrissen wird, ohne dass Details bekannt sind.

Wenn Sie, Herr Bürgermeister, der Stadtverordnetenversammlung ein Ergebnis der Aufgaben- und Produktkritik vorstellen, gehen wir davon aus, dass sie als Chef der Verwaltung die gewonnenen Erkenntnisse auch umsetzen wollen.

Völlig unverständlich ist für die CDU-Fraktion, dass Sie im Rat erklären die Maßnahmen umsetzen zu wollen, gleichzeitig aber dem Isselburger Bürgermeister bezogen auf die Musikschule versichern, dass alles so bleibt wie es ist.

Die CDU Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder erklärt, wie wichtig uns die Musikschule ist und die Leistungen dieser Einrichtung hervorgehoben.

In einem Gespräch mit der Leitung der Musikschule Anfang dieses Monats haben wir deutlich gemacht, dass das vorliegende Untersuchungsergebnis ein Konzept des Verwaltungsvorstandes ist.

Wir werden uns mit den Details befassen, auch für die Musikschule wird sich die Entwicklung, die sich heute im Grundschulbereich abzeichnet, bemerkbar machen.

Für die CDU Fraktion ist es selbstverständlich, dass bestehende Verträge eingehalten werden.

Ein Wort zur Kultur, die Kulturarbeit in unserer Stadt ist gekennzeichnet durch ein sehr hohes Engagement im Ehrenamt, ohne diesen Einsatz ist Kultur in Bocholt um vieles ärmer.

Die CDU Fraktion begrüßt es, dass die Sparkasse sich in den letzten Jahren an der Finanzierung der Kultur beteiligt hat. Die aktuelle Diskussion geht allerdings in die falsche Richtung, es geht nicht darum, die Kulturarbeit zu übertragen, sondern die Finanzierung sicherzustellen. Die Frage muss nicht lauten: Kann Sparkasse und Kultur funktionieren? Sie muss lauten: Können wir es uns erlauben, nach Änderung des Sparkassengesetzes auf eine zusätzliche Finanzierung durch die Sparkasse zu verzichten. Über das Wie sind mit allen Beteiligten Gespräche zu führen. Bisher hat die Stadt auf den Spielplan des Stadttheaters keinen Einfluss genommen, bei einer Finanzierung durch die Sparkasse wird sich für den Theaterverein nichts ändern, der Spielplan wird wie bisher durch den Theaterverein bestimmt.

Wir wollen als CDU-Fraktion nicht in die Organisationshoheit der Verwaltung eingreifen. Deshalb fordern wir sie auf, die Ergebnisse nach Änderungen aufzulisten, die sie innerhalb der Verwaltung umsetzen und nach Vorschlägen, die eine Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung benötigen. Bei allen zustimmungspflichtigen Veränderungen erwarten wir eine Vorlage der Verwaltung.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich wiederhole hier Grundsatzpositionen für zukünftige Maßnahmen, die von der CDU-Fraktion bereits zum Thema Haushaltskonsolidierung im August des letzten Jahres vorgelegt wurden:

Der Aufbau bisheriger oder neuer Entwicklungs-, Förder- und Infrastrukturen muss sich rechtzeitig an der demographischen Entwicklung orientieren.

Die Stärkung der Familien ist für die CDU-Fraktion ein Ziel mit oberster Priorität. Familien mit Kindern sind in unserer Gesellschaft vielfach benachteiligt, daher ist bei allen Maßnahmen darauf zu achten, dass die bisherige Förderung erhalten bleibt.

Eine Jugendförderung hat sich verstärkt danach zu richten, dass Jugend dort gefördert wird, wo auch Jugend ist.

Die Subsidiarität ist weiterhin eine politische und gesellschaftliche Maxime der CDU-Fraktion. Die CDU-Fraktion stellt die individuelle Freiheit und Verantwortung vor staatliches Handeln.

Die Stärkung des Ehrenamtes bleibt weiterhin Handlungsindikator für die CDU-Fraktion. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter in allen Bereichen leisten bedeutende Arbeit zum Wohle der Stadt. Kürzungen in diesem Bereich zerstören Strukturen, und erfordern zusätzliche Mittel an anderer Stelle. Aus diesem Grunde sind Zuschüsse an freie Träger aus den Bereichen:

- Jugendhilfe und Familie
- Sport
- Kultur
- Seniorenarbeit

weiterhin für die CDU-Fraktion verpflichtend.

CDU-Politik ist – und war es auch in den letzten Jahren – die Familie zu stärken.

Ein Themenschwerpunkt der CDU-Fraktion bleibt die Kinder- und Jugendpolitik. Es hat sich im vergangenen Jahr gezeigt, dass die Entscheidung der CDU-Fraktion die Kindergartenbeiträge nicht zu erhöhen richtig gewesen ist. Es war richtig zu warten, bis ein neues GTK vorgelegt wird. Dies ist in den vergangenen Wochen geschehen.

Die CDU-FDP geführte Landesregierung hat sich gemeinsam mit freien Trägern, den Kirchen und den Kommunen auf ein zukunftsfähiges Konzept geeinigt, das allen Beteiligten Handlungssicherheit und finanzielle Perspektiven bietet. Die positiven Aspekte dieser Reform werden im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Bocholt profitiert von den getroffenen Regeln und es ist sehr zu begrüßen, dass die Ausgaben des Landes in 2009 auf über eine Milliarde Euro im Kindergarten gesteigert werden. Das ist viel mehr als zu Zeiten von Rot-Grün.

In diesem Licht erscheint die Tatsache, dass die SPD in Bocholt für eine Gebührenerhöhung gewesen ist, noch unverständlicher. Die Empörungsmaschine ist viel zu früh und vergeblich angeworfen worden.

Wir werden konsequent daran arbeiten, dass die Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Gerade die Familienzentren, der damit verbundene Ausbau der U-3-Jährigen Betreuung, sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer echten Wahlfreiheit für Familien.

Wir begrüßen die Initiative der Bundesfamilien-Ministerin für mehr Krippenplätze. Ich weise aber auch deutlich darauf hin, dass Familienpolitik mehr ist als nur die Einrichtung von Krippenplätzen.

Nach wie vor ist es so, dass die Mehrzahl der Kinder in den Familien aufwachsen, für die Entwicklung der Kinder sicherlich die zu bevorzugende Art der Erziehung.

Wir brauchen das Bewusstsein aller Bürger, Familien mit Kindern als den größten Reichtum der Stadt anzusehen

Wir müssen aber auch erkennen, dass sich das Familienbild verändert hat, nicht in allen Familien ist die Möglichkeit und die Fähigkeit zur Erziehung vorhanden. Eine Folge dieser Veränderung ist, dass erwartet wird, dass die Kindertagesstätten und Schulen einen Teil der Erziehungsaufgaben übernehmen.

Die veränderte Situation der Familien hat auch zur Folge, dass wir häufiger über Gewalt auf den Straßen und über Jugendgewalt reden müssen.

Die CDU NRW hat einen Leitantrag zum Landesparteitag gestellt unter der Überschrift „Jugend schützen, Gewalt bekämpfen, härter durchgreifen“. Mit diesem Antrag will die Landes-CDU insbesondere den Aspekt des Jugendschutzes und der Gewaltprävention aufgreifen. Wir können uns nur anschließen, es muss gelten Null Toleranz für Gewalttäter.

In diesem Jahr gilt es, die Ergebnisse der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendkonferenzen und der Jugendbefragung abzuwarten. Die CDU steht uneingeschränkt hinter dieser Befragung, da sie zu allen Themen – ohne Tabufragen auszuschließen – wichtige Erkenntnisse liefern wird, auf die wir dann in Bocholt konsequent reagieren müssen. Schon jetzt erwarten wir, dass ein entsprechendes Handlungskonzept vorgestellt und erarbeitet wird. Auch hier wird sich wieder zeigen, wie wichtig die enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ist.

Bei der Offenen Ganztagsschule hat sich gezeigt, dass die Schule auf die Jugendhilfe angewiesen ist. Aus diesem Grunde begrüßen wir, dass in diesem Jahr erneut eine gemeinsame Sitzung von Schul- und Jugendhilfeausschuss durchgeführt werden wird. Die Anmerkungen der Jugendhilfe zum Schulentwicklungsplan müssen hier diskutiert werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, trotz der vor uns liegenden Aufgaben war es richtig endlich das Problem des Neubaus der Feuerwache zu lösen und nicht auf weitere Jahre zu verschieben.

Auf Initiative des CDU-Fraktionsvorsitzenden ist eine parteiübergreifende Lösung gefunden worden.

Ich hätte mir gewünscht, wenn Sie, Herr Bürgermeister, nicht nur Finanzierungspläne versprechen, sondern auch vorlegen.

Im Januar stand das Stadtentwicklungskonzept auf der Tagesordnung der Ratssitzung.

Das vorliegende Stadtentwicklungskonzept enthält im Wesentlichen allgemeine Aussagen, die auf fast alle Städte übertragbar sind.

Aus diesem Grunde haben wir dieses Konzept nur zur Kenntnis genommen. Wir fordern die Verwaltung auf, aus diesem Konzept Ziele zu formulieren und entsprechend diesen Zielen Prioritäten und Handlungskonzepte zu entwickeln.

Wesentliche Punkte für die zukünftige Entwicklung sind:

Die Chancen Bocholts als Grenzstadt in Europa und in der Region bieten Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt.

Lt. Prognose wird die Bevölkerungsentwicklung in Bocholt zukünftig ansteigen durch Wanderungsgewinne. Welche Art der qualifizierten Zuwanderung benötigen wir?

Aufgrund der Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises mit der Fachhochschule müsste eine verbesserte Vermarktung des Technologieparks möglich werden. Es ist zu prüfen, ob die Vergabekriterien noch zeitgemäß sind. Diese sind evtl. zu modifizieren.

Die demographische Entwicklung zeigt auch in unserer Stadt, dass trotz geringer Zunahme der Bevölkerung die Alterspyramide sich nach oben verschiebt.

Die Stadtentwicklung ist zukünftig deutlicher auf eine seniorenfreundliche Stadt auszurichten. Die Gesellschaft kann von einer verbesserten Ausrichtung auf die Belange der Senioren stark profitieren. Dort wo Mehrgenerationen leben kann Kinderbetreuung kostengünstiger und einfacher organisiert werden.

Im Bauausschuss ist die Studie zur Baulandentwicklung vorgestellt worden, mit dem Ergebnis, dass Bocholt auch zukünftig Bauland ausweisen muss. Wir wiederholen unsere Forderung, dass neben der Ausweisung von Bauland auch die Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität in den älteren Wohngebieten zu den strukturellen Zielen gehören.

Es gibt Anzeichen dafür, dass mit der jetzigen Landesregierung ein Umdenken erfolgt ist und auch Landesmittel in die Infrastruktur der Außenbezirke fließen.

Geplant ist die Sanierung der L604 von der Werther Str. über die Eisenhütte bis nach Spork.

Konkret geht es uns jetzt darum, dass im Zusammenhang mit dem Ausbau auch die Anlage eines Radweges erfolgt, da dieser Teilabschnitt sehr stark vom Zulieferverkehr zum Industriepark belastet ist und zugleich als Schulweg für die Schule in Lowick gilt.

Heute werden wir über eine Resolution der CDU-Fraktion zum Ausbau der Straße und Anlage eines Radweges abstimmen

Zur weiteren Stadtentwicklung gehört auch die interkommunale Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen ist auszuweiten zum Nutzen aller. Es gibt bereits eine Zusammenarbeit, z.B. im Bereich der Musikschule oder der EWIBO. Aber weitere Möglichkeiten der gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen oder der Erledigung von administrativen Aufgaben müssen genutzt werden.

Im Industriepark sind noch ca. 32.000 m² Industriefläche und gleich viel an Gewerbefläche verfügbar. Es ist zwingend erforderlich die Erweiterung des I-Parks abzuschließen. Es ist ein untragbarer Zustand, wenn wir einem Unternehmen, welches sich ansiedeln will, eine Absage erteilen müssten.

Zur Zukunftssicherung gehört auch eine sichere Energieversorgung. Aus diesem Grunde begrüßt die CDU-Fraktion, dass sich die Stadtwerke am Steinkohlekraftwerk Herne 5 beteiligen will.

Durch den CDU-Antrag von Februar 2005 sind wieder Aktivitäten entwickelt worden zum Bau eines GuD Kraftwerkes in Bocholt. Wir waren noch nie so nah am Ziel. Herr Bürgermeister, aufgrund der Investitionsgröße sollten Sie die letzten Schritte zur Chefsache machen.

Wir müssen feststellen, dass die Nachbarstädte um Bocholt aufrüsten, deshalb wird es immer wichtiger, dass Bocholt ein funktionierendes Stadtmarketing hat. Der Zuschuss ist gut investiertes Geld. Ein besonderes Lob spreche ich der Stadtmarketing aus für den gelungenen Weihnachtsmarkt in Bocholt.

Die Förderung des Sports ist ein wesentlicher Bestandteil der CDU-Kommunalpolitik und wird es auch in den nächsten Jahren bleiben

Im letzten Jahr ist der Sportentwicklungsplan vorgestellt worden. Entwickelt wurden neue Richtlinien zur Förderung des Sports und ein Leitbild für den Sport in Bocholt.

Diese Bedingungen sind im Detail den Vereinen und dem Stadtsportbund vorgestellt worden. Ich will deshalb hier nicht näher auf den Inhalt eingehen. Nach Verabschiedung dieser Richtlinien wird sich allerdings die Verwaltung und auch die Politik daran messen müssen, wie diese Richtlinien eingehalten und gelebt werden,

In der nächsten Sitzung des Sportausschusses und dann im Rat können die neuen Richtlinien verabschiedet werden.

Die größte Investition in den nächsten Jahren ist die Verlagerung der DJK Stenern zum Hünting, gemeinsam hoffen wir, dass ein reibungsloser Umzug erfolgen kann.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, in der Ratssitzung am 31.1. haben wir beschlossen, in weiteren Grundschulen Gruppen, für die offene Ganztagschule einzurichten. Inzwischen beträgt der Zuschussbedarf für die offene Ganztagschule 100 T €, gut angelegtes Geld für eine bedarfsgerechte und qualifizierte Betreuung. Es gilt jedoch zu beobachten, wie der Elternbeitrag sich in Zukunft entwickeln wird im Vergleich zu den ursprünglichen Ansätzen.

Die demographische Entwicklung zeigt die ersten Auswirkungen auch für unsere Schulen. Weniger Kinder im Grundschulalter in den nächsten Jahren zwingen uns zu Maßnahmen, die nicht von allen Beteiligten Zustimmung finden. Wir haben Verständnis für diese Einstellung, sehen aber keinen

anderen Weg als die Zusammenlegung von Schulen und auch die Schließung, wie im Schulausschuss ausführlich beraten.

In zahlreichen Gesprächen mit der Verwaltung haben wir erreichen können, dass durch die Einrichtung von Verbundschulen eine wohnortnahe Beschulung der Kinder auch im ländlichen Bereich erhalten werden kann.

Die CDU hat vorgeschlagen, nach Schließung der Fildekenschule einen Zug der Jahrgänge 1-4 komplett an der Weserstraße zu unterrichten, folglich wird gewährleistet, dass auch hier kurze Wege erhalten bleiben. Wir gehen davon aus, dass die Schulkonferenz auch so beschließen wird.

Zu den Haushaltsberatungen im letzten Jahr hat die CDU beantragt, dass eine Hauptschule als Ganztagschule eingerichtet wird. Uns ist bekannt, dass vor Antragstellung beim Land die Schulkonferenz der Schule diesen Beschluss fassen muss. Vom Schulträger können wir erwarten, dass diese Forderung aktiv unterstützt wird.

Das Thema Hauptschule in Trägerschaft der Kreishandwerkerschaft gleicht inzwischen einem Possenspiel. Vor mehr als einem halben Jahr sind seitens der Verwaltung erste Gespräche mit der Kreishandwerkerschaft geführt worden. Dieser Vorschlag wird intern verworfen und plötzlich vom Bürgermeister als Vision verkauft. Es ist bekannt, dass entsprechend den heutigen Gesetzen eine Trägerschaft nicht möglich ist. Aus diesem Grunde hat sich die CDU über den Landtagsabgeordneten und Generalsekretär der CDU an die zuständige Ministerin gewandt. In der Ratssitzung am 31.1. wird seitens der SPD von einem Schreiben der Ministerin berichtet, die Verwaltung bestätigt, dass dieses Schreiben vorliegt. Das mir vorliegende Schreiben der Ministerin trägt aber das Datum 2. Februar.

Herr Bürgermeister, als amtierender Schuldezernent spreche ich sie an, warum ist die Kreishandwerkerschaft über den Verlauf bis heute nicht unterrichtet worden?

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses hat Herr Dipl. Ing Wagner von der Firma ITP aus Stuttgart zum Thema neue Medien vorgetragen. Es ist schon mehr als erstaunlich, dass festgestellt wurde, dass ein Controlling und eine Evaluierung bei einem Invest von mehreren Millionen € in keiner Weise erfolgte.

Hierzu ist folgendes festzustellen:

- Defizite im Projektmanagement
- Fehlen von personenbezogenen Verantwortlichkeiten
- Unzulängliche Kostenkontrolle
- Fehlerhafte Informationen an die Führungsverantwortlichen und die Politik

Schlussfolgerungen:

- Eindeutige Zuordnung von Projekten zu Personen
- Optimale Nutzung der EDV Programme für ein transparentes Verfahren

- Schaffung klarer Kommunikations- und dezentraler Controllingstrukturen sowohl horizontal als auch vertikal
- Strukturierte und transparente Anmeldung zum Haushaltsplan
- Gesonderte Darstellung der Großprojekte im Rahmen des standardisierten Berichtswesens anhand von vorgegebenen Kennzahlen

Die hier aufgezählten Punkte stammen, Herr Bürgermeister, ausschließlich aus ihrer Power Point Darstellung mit der Überschrift Konsequenzen aus der Prüfung der finanziellen Abwicklung Ortsumgehung West- und Ostring.

Es reicht nicht aus, mit schönen Bildern ein Folienmanagement durchzuführen. Wir waren bisher der Meinung, dass aus den Problemen mit der Finanzierung der Ortsumgehung die Lehre gezogen wurde, für alle Fachbereiche gleiche und verbesserte Prozesse einzuführen.

Wie aus heiterem Himmel schlagen sie nun im Schulausschuss vor, weitere 2 Mio. € in Support, Soft- und Hardware zu investieren. Im Haushaltsplan sind allerdings nur 110 T € für das Jahr 2007 veranschlagt und in der mittelfristigen Finanzplanung 450 T € für das Jahr 2010.

Wir erwarten umgehend eine detaillierte Auflistung der erforderlichen Maßnahmen und Kosten mit Perspektiven für die nächsten Jahre.

Eine Anmerkung zum Bleiberechts-Kompromiss:

Die CDU Fraktion begrüßt es, dass zwischen Bund und den Ländern ein Kompromiss gefunden wurde, der eine Perspektive für bisher nur geduldete Ausländer darstellt. Damit geht ein jahrelanger Streit um jene Ausländer zu Ende, die ohne sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Wir haben die Hoffnung, dass es gelingen wird, die in Bocholt betroffenen Ausländer zu integrieren.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die zukünftigen Aufgaben sind nicht im Parteienstreit und mit Opportunismus zu lösen. Politischer Opportunismus nimmt unter Umständen langfristige Nachteile in Kauf, um kurzfristig Zustimmung zu erzielen. Dies ist keine CDU-Politik. Wir werden uns weiter danach richten, worauf es ankommt, und nicht was gerade ankommt!

Mit Einführung von NKF wird einiges an Aufwand auf die Mitarbeiter der Verwaltung zukommen. Der Aufwand lohnt sich, denn hier werden wesentliche Weichen für die Zukunft gestellt.

Heute möchte ich mich im Namen der CDU Fraktion beim Verwaltungsvorstand und bei allen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit des abgelaufenen Jahres bedanken

Ich möchte enden mit einem Zitat von Sokrates:

Nicht, weil es schwierig ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen ist es schwierig.